

Arbeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2009

Zum Bericht

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren - die Tribüne ist leer -, den anwesenden Gästen wollte ich jetzt gerade sagen, dass die Arbeit im Petitionsausschuss eigentlich lebendiger ist als sich das jetzt angehört hat. Aber es ist das Schicksal des Vorsitzenden, den Bericht hier vorzutragen. Ich möchte meine Bemerkungen natürlich auch dazu abgeben.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger sehen in ihrem Grundrecht im Grundgesetz Artikel 17 nicht nur das Recht, sich mit Bitten an den Petitionsausschuss zu wenden, sondern sehen auch die Chance darin und die Möglichkeit, Hilfe für die Lösung ihrer Probleme zu erhalten. Dazu beraten wir Mitglieder des Petitionsausschusses mehrmals monatlich. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass die Arbeit, die Zusammenarbeit im Ausschuss gut ist, dass wir gemeinsam ringen um eine sachgemäße Bearbeitung und dass wir die Bürgeranliegen alle sehr ernst nehmen. Auch ich möchte mich ausdrücklich bedanken für die sach- und fachgerechte Zuarbeit und Grundlage unserer Arbeit durch die Landtagsverwaltung und ausdrücklich noch einmal bei Frau Roth - die leider nicht mehr in der Landtagsverwaltung ist und jetzt im entsprechenden Justizministerium tätig ist, die Arbeit war sehr, sehr angenehm. Natürlich bedanke ich mich auch bei Herrn Bräutigam, der die angenehme Aufgabe hatte, den Stafettenstab zu übernehmen.

Im Berichtszeitraum gab es viele Verbesserungen in der Arbeit des Petitionsausschusses. Zum Beispiel arbeiten wir jetzt mit einer elektronischen Akte im Ausschuss. Sie ist ökologischer, spart Papier, ist zeitsparender, das war nicht immer so. Diese Arbeit hat sich wirklich gut bewährt. Wir haben eine weitere Verbesserung zur Vereinfachung der Petitionsausschussarbeit, indem wir Abstimmungen im Einverständnis mit dem Berichterstatter einfacher und schneller durchführen, wenn wir einschätzen: Die Rechtslage ist eindeutig und die Informationen, die wir den Petenten mitgeben, sind nicht weiter zu diskutieren. Das heißt, der Vorschlag wird akzeptiert. Wir rufen diese Petition nicht extra noch einmal auf, das hat auch etwas zur Effektivität beigetragen. Wir führen im Landtag und zusätzlich in den Kreisen vor Ort Sprechstunden durch und signalisieren somit den Bürgerinnen und Bürgern unsere Bereitschaft, auf sie zuzugehen. Nicht immer können wir allerdings den Bürgerinnen und Bürgern zeitnah helfen, wie sie sich das vorstellen. Doch das mündliche Vortragen der Problemlagen hilft so manchen Bürgerinnen und Bürgern, vorhandene Hürden zu überwinden. Ja, es ist für Betroffene oft eine Hürde, die Petition schriftlich zu formulieren und an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten. Hier strecken wir die Hand aus und wir können uns, denke ich, auch nicht beschweren, dass wir da zu wenig zu tun hätten. Das alles sind Verbesserungen, die wir erarbeitet haben und die wir gemeinsam vorangebracht haben. Bei den in diesem Berichtszeitraum nunmehr 850 Neueingängen waren auch 11 Sammelpetitionen und zwei Legislativpetitionen dabei. Legislativpetitionen sind Eingaben und diese Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern, die explizit auf eine Veränderung in einem Gesetz drängen. Die zwei Legislativpetitionen, die in diesem Bericht genannt werden, möchte ich trotzdem noch mal kurz nennen: Der Legislativpetition zur Einführung des gebührenfreien Studiums haben sich 5.000 Bürgerinnen und Bürger angeschlossen und somit an unseren Ausschuss gewandt.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist natürlich auch angenehm für unsere Arbeit im Ausschuss und im Plenum, wenn wir hier ein echtes Erfolgserlebnis verbuchen konnten, denn in diesem Jahr, am 28. Januar, war endlich der Gesetzentwurf der Landesregierung verabschiedet worden und wir erreichten die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags an Thüringer Hochschulen. Das ist ein Erfolgserlebnis. Eine weitere Legislativpetition mit 2.500 Forderungen nach Mindestlohn - eine Gesetzesinitiative für ein bundesweites Tarif- und Vergabegesetz - schlummert leider noch so vor sich hin. 2.500 Forderungen und Petenten warten erneut, dass hier im Plenum einiges schneller passiert. Bisher reagierte nur die Linksfraktion mit einem Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge. Seither, das muss ich so einschätzen, ist dieser Gesetzentwurf im Ausschuss geparkt und gerade deshalb fand ich die Aktuelle Stunde gestern ganz wichtig zu dem Thema „Dringlichkeit der Einführung eines Thüringer Vergabegesetzes vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise“. Hier konnten wir einen weiteren Druckpunkt setzen, die beabsichtigte Bearbeitung doch öffentlich und schneller voranzubringen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten das von uns. Viele Thüringer haben sich im Berichtszeitraum auch an Sammelpetitionen im Bereich Kommunalabgaben beteiligt. Entscheidungen sind hier überfällig. Vieles ist in der Diskussion; auch die Bürgerbeauftragte hat sich hier aktiv mit eingebracht. Bürger haben jetzt aber selbst gehandelt, weil ihnen das alles zu langwierig ist und zu lange dauert. So hat die Bürgerallianz sich jetzt an alle Fraktionen im Thüringer Landtag gewandt mit einem eigenen Gesetzesvorschlag und fordert uns auf, endlich zu handeln. Nach ihrer Meinung sind alle Reformversuche im System bisher gescheitert.

Das Petitionsrecht soll die Rechte der Bürger stärken und Parlament und Regierung die Möglichkeit geben, Behördenfehler zu erkennen. Häufig kann das Parlament erst mithilfe einer Petition kontrollieren, ob Gesetze sachgemäß umgesetzt werden. In der Praxis zeigt sich das Petitionsrecht hier mit einigen Schwachstellen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat im Berichtszeitraum einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Petitionsrechts vorgelegt. Es ging darum, die Rechte der Petenten weiter zu stärken, denn bei dem jetzigen Petitionsrecht fehlt uns die Bürgernähe. Jedoch eine Diskussion dazu war im Ausschuss nicht erwünscht und so gelang es mit Verzögerungstaktiken, eine Entscheidung zum Gesetzentwurf in der 4. Legislatur zu verhindern. Dennoch gab es eine schriftliche Anhörung von der Landtagsverwaltung. Sie wurde erstellt unter der Vorlage 4/2812 und diese Synopse lag im Ausschuss zur Weiterberatung. Und das - als ob es das alles nicht gab - findet im vorliegenden Bericht keine Erwähnung. Das bedaure ich. Mein Antrag zur Ergänzung wurde mehrheitlich abgelehnt. Da die Möglichkeit eines Minderheitenvotums zum Bericht nicht besteht, auch das ist ein Vorschlag unserer Fraktion, sehe ich mich gezwungen, das hier noch mal in der öffentlichen Diskussion zur Sprache zu bringen.

(Beifall DIE LINKE)

Petitionen können alle Bürgerinnen und Bürger an den Landtag richten, aber noch nicht - wie im Deutschen Bundestag - öffentlich. Als Instrument der parlamentarischen Kontrolle, mit dem Verwaltungsfehler und Rechtslücken erkannt und beobachtet werden können, greift uns hier das Petitionsrecht zu kurz. Es fehlt ein öffentliches, ein zeitnahes Verfahren, mit dem jede Petition und jeder Petent den Umgang seiner Petition nachvollziehen und korrigieren kann. Auch fehlt die Möglichkeit, eine Petition öffentlich zu machen, auf eine Internetplattform des Landtags zu stellen und sich daran zu beteiligen. Die Einführung elektronischer öffentlicher Petitionen im Bundestag vor fünf Jahren wurde als Schritt in die richtige Richtung für mehr Demokratie anerkannt und bekam sogar den Politikaward-Preis.

(Beifall DIE LINKE)

Hier müssen wir in Thüringen weiter vorankommen.

Es gibt auch immer wieder Beschwerden über Verfahrensweisen mangelnder Transparenz, mangelnden öffentlichen Zugang, nicht nachvollziehbarer langer Bearbeitungszeiten. Nach derzeitiger Rechtslage kann das Parlament keine behördlichen Verfahren unterbrechen und aussetzen, auch nicht dann, wenn es mehrheitlich im Petitionsausschuss anerkannt ist, dass einer Bürgerin oder einem Bürger eine unzumutbare Belastung entsteht. Es gibt in Thüringen nicht die Möglichkeit wie in anderen Bundesländern, Petitionen auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene einzureichen. Das wollten wir mit unserem Gesetzentwurf erreichen.

Die Fraktion DIE LINKE unterbreitete ein modernes Petitionsgesetz mit einklagbaren Ansprüchen und nachvollziehbaren Abläufen für die Petentinnen und Petenten. Dabei soll der Landtag unter anderem die Möglichkeit erhalten, Behörden dazu anzuhalten, dass sie sich rechtskonform verhalten und eine zeitnahe Bearbeitung der Petitionen sichern. Es sollten behördliche Maßnahmen unterbrochen werden, wenn wir merken, es schadet dem Petenten in der Zeit der Bearbeitung. Es sollten Ausschuss-Sitzungen öffentlich zugänglich sein für die Petenten, die es wollen. Grundsätzlich sollten wir uns selbst zu einer öffentlichen Anhörung bei Massen- und Sammelpetitionen im Ausschuss entscheiden können. Die Petenten sollten die Möglichkeit erhalten, öffentliche Petitionen zum Mitzeichnen auf elektronischem Wege einzureichen.

(Beifall DIE LINKE)

Auch bei der Gemeinde, der Stadt und im Landkreis sollten sie die Möglichkeit haben, Petitionen einzulegen. All das will meine Fraktion erneut zur Diskussion stellen, allerdings warten wir immer noch auf das in Aussicht gestellte Gutachten der Landtagsverwaltung, welches die CDU im letzten Jahr gefordert hat. Interessant würde ich es außerdem finden, wenn die Petitionsausschussmitglieder der 5. Legislatur nach ca. einem Jahr Mitarbeit ihre Erfahrungen in eine erneute Diskussion im Ausschuss mit einbringen würden. In der Petitionsarbeit fordern wir also nach wie vor - und das nicht zum ersten Mal - mehr Transparenz.

(Beifall DIE LINKE)

Das wollen wir erreichen mit öffentlichen Sitzungen, mit öffentlichen Petitionen und auch über ein öffentliches Forum im Netz, was dann entsprechend eingerichtet werden soll. Für DIE LINKE ist ein starkes Petitionsrecht wichtig, denn Bürgeranliegen sind ein Spiegel der Politik von Regierung und auch von den Volksvertretern. Wir haben jedenfalls den Anspruch, dass diese Arbeit so transparent wie möglich zu leisten ist. Dabei reicht es uns nicht aus, die gedruckte Version des Jahresberichts einmal hier vorzustellen und zum Tag der offenen Tür und zur Messe in Erfurt diesen Bericht unter das Volk zu bringen. Wir werden weiter Transparenz einfordern. Ich freue mich auf die Diskussion. Danke.

(Beifall DIE LINKE)